

## CO2 Emissionen

1. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis spätestens 2030 auf Null gesenkt werden?

*Damit Österreich bis spätestens 2030 CO2-neutral sein kann, muss die Wirtschaft ihren Beitrag leisten, müssen Jobs ökologischer werden, müssen*

*öffentliche Verkehrsmittel für alle günstig sein und muss CO2-Ausstoß europaweit besteuert werden.*

2. Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis 2025 halbiert werden?

*Wir wollen die CO2-Emissionen bis 2030 um 60% (gegenüber 1990) senken.*

3. Sind Sie für eine österreichweite Verpflichtung aller Bundesländer zum Ausstieg aus fossiler Energie mit einer auf Bundesebene abgestimmten Strategie?

*Wir unterstützen die Forderung des Klimavolksbegehrens, den Klimaschutz besser in der Verfassung zu verankern und somit alle Gebietskörperschaften daran zu binden.*

4. Setzen Sie sich für ein höheres Ziel für Klimaneutralität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf europäischer Ebene ein? Wenn ja wie planen Sie dies konkret?

*Die designierte Kommissionspräsidentin hat bereits eine Steigerung der Ambitionen vor allem hinsichtlich der Treibhausgase in Aussicht gestellt. Das unterstützen wir ausdrücklich und sehen vor allem im Bereich der Energieeffizienz dringenden Nachschärfungsbedarf.*

## Energie

5. Soll Österreich bis 2025 100% seines Stromverbrauches mit Ökostrom decken?

*Wir wollen, dass bis 2030 der gesamte Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Dazu müssen wir die Ökostromförderung umgestalten. Für uns stehen rohstoffunabhängige Erzeugungswege wie Wind, Wasser und Sonne im Vordergrund. Dazu muss aber auch stärker am Energiebedarf gearbeitet und die Effizienz vorangetrieben werden.*

6. Sind Sie für einen Importstopp für fossile oder ungekennzeichnete Energieträger?

*Im Bereich der Elektrizität gibt es eine Kennzeichnung, ein Importstopp von beispielsweise Kohlestrom ist kurzfristig aber nicht machbar, weil Österreich nicht über ausreichende und stetig verfügbare Erzeugungskapazitäten verfügt. Ein Importstopp für fossile Energieträger ist derzeit mangels technologischer Alternativen (etwa bei bestimmten industriellen Prozessen) nicht zielführend. Besser wäre es, die bestehenden und noch ausständigen Alternativen voranzubringen, damit fossile Energieträger obsolet werden.*

7. Für den Umbau des Energiesystems ist ein jährlich eng definierter Ausbau- und Umbaupfad notwendig. Planen Sie verbindliche Zielpfade mit jährlicher Überprüfung bis 2030?

*Wir wollen den Energieverbrauch bis 2030 um ein Drittel und langfristig auf die Hälfte reduzieren. Dazu werden sektorale Einsparziele definiert und das Energieeffizienzgesetz wirksam reformiert. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energie wollen wir keine starren Kontingente, sondern einen Mix aus technologiespezifischen und technologieübergreifenden Fördermitteln, sodass der Ausbau möglichst effektiv vorankommt.*

## **CO2-Bepreisung und Subventionen**

8. Haben Sie konkrete Vorstellungen wie ein Modell für CO2-Bepreisung auf europäischer Ebene aussehen sollte? Wenn ja, welche?

*Wir wollen eine EU-weite CO2-Steuer. Sie soll den Emissionshandel ersetzen und die Industrie in die Pflicht nehmen. Pro Tonne ausgestoßenem CO2 müssen Konzerne zumindest 30 Euro und dann stetig mehr zahlen. Für den Import von Industrieprodukten, die viel CO2 verursacht haben, sollen Importzölle fällig werden. Auch eine Kerosinbesteuerung für den Flugverkehr auf europäischer Ebene ist dringend notwendig.*

9. Planen Sie, analog zu einigen anderen Ländern, eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf österreichischer Ebene zusammen mit einem sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich? Wenn nein, haben Sie konkrete Pläne für ähnlich umfassend wirksame Instrumente, die innerhalb ihrer Legislaturperiode Wirkung zeigen?

*Es ist unabdingbar, die CO<sub>2</sub>-Steuer auf europäischer Ebene einzuführen, eine CO<sub>2</sub>-Steuer nur in Österreich wäre wenig wirkungsvoll. Maßnahmen, die keine Lenkungswirkung zeigen, aber gerade die ärmeren Menschen in Österreich belasten, lehnen wir ab. So ist es bspw. nicht sinnvoll, Treibstoff höher zu besteuern, wenn die Menschen im ländlichen Raum nicht auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen können. Für uns SozialdemokratInnen ist es wichtig, dass Sozial- und Umweltpolitik Hand in Hand gehen. Große gesellschaftliche Herausforderungen wie die Energiewende können wir nur dann erfolgreich umsetzen, wenn wir sie sozial gerecht gestalten. Darum haben wir einen „Green New Deal“ erarbeitet, in dem wir viele Maßnahmen und Ideen für eine soziale Klima- und Umweltschutzpolitik in Österreich und der EU vorstellen.*

Um die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich zu senken, wollen wir neben einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Steuer für die Wirtschaft u.a. folgendes umsetzen:

- **Elektrifizierung von Bahnstrecken:** Wir wollen ein Sonderinvestitionsprogramm für die Elektrifizierung von Bahnstrecken von rund 200 Mio. Euro jährlich für die nächsten 6 Jahre. Dadurch ließen sich hunderttausende Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen, gleichzeitig würden Arbeitsplätze geschaffen.
- **Nahverkehrspakt für Gemeinden:** Oft scheitert der Umstieg vom Auto auf die Bahn daran, dass es keine vernünftige Verbindung vom Haus bzw. der Wohnung zur Bahnstation gibt. Wir wollen 100 Mio. Euro jährlich in ein Nahverkehrspaket für Gemeinden investieren, um Sammeltaxis, Shuttle-Services oder E-Fahrräder an den Bahnhöfen zu ermöglichen.
- **SPÖ-Klimaticket:** In Vorarlberg und Wien fährt man um einen Euro täglich mit den Öffis. Das soll es für ganz Österreich im Zug- und Nahverkehr geben: Um 3 Euro täglich durch ganz Österreich, um 2 Euro am Tag durch 3 Bundesländer und um 1 Euro am Tag im Bundesland öffentlich unterwegs.
- **Flächendeckende LKW-Maut:** Die Schweiz hat sie seit 2001 und dort zeigt sich ein Trend zur Vermeidung von Leerfahrten und zur Optimierung von Logistikprozessen. Positive Umwelteffekte konnten erzielt werden. Die Maut ist zudem ein Anreiz zur Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene. Die Maut-Einnahmen könnten dem Klimaschutzfonds zugutekommen und damit etwa thermische Sanierungen an öffentlichen Gebäuden finanziert werden.
- **Gebäude umweltfit machen:** Wir wollen eine thermische Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude. Alle Bundesgebäude mit schlechter Energiebilanz sollen bis 2025

*thermisch saniert werden. Bei privaten Gebäuden wollen wir ab 2020 eine schrittweise Reduktion von Ölheizungen. Durch einen Ausbau des Fördersystems sollen alle Ölheizungen in einem 10-Jahres-Plan durch moderne Heizsysteme ersetzt werden.*

10. Sollen alle klimaschädigenden Subventionen (derzeit rund 5 Milliarden Euro) in Österreich bis spätestens 2025 mit Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Härtefälle abgebaut werden?

*Wir setzen uns für einen sozial verträglichen Abbau klimaschädigender Subventionen bis 2025 und die Förderung klimafreundlichen Verhaltens ein. Die Pendlerpauschale soll beispielsweise ökologisiert werden, sodass öffentliche Verkehrsmittel verstärkt genutzt werden. Wir fordern die Abschaffung der Steuerprivilegien für Flugverkehr und Schifffahrt auf europäischer Ebene. Die EU-weite Befreiung von Umsatzsteuer und Mineralölsteuer ist ökologisch schädlich und sozial ungerecht.*

## **Verkehr**

11. Befürworten Sie eine Investitionsoffensive von zwei Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr, um den Menschen den Umstieg zu ermöglichen?

*Ja. Wir wollen den öffentlichen Verkehr massiv ausbauen und auch für die Menschen im ländlichen Raum zu einer Alternative zum Auto machen. Dafür sollen 1 Mrd. in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in urbanen Räumen und eine Milliarde pro Jahr für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen investiert werden. Allein für die Elektrifizierung der Bahnstrecken und den Nahverkehrspakt für Gemeinden wollen wir jährlich 300 Mio. € zur Verfügung stellen.*

12. Planen Sie einen Stopp von Infrastrukturprojekten, die klimaschädliche Emissionen befeuern, und eine Umschichtung der Mittel für umweltfreundliche Mobilität?

*Öffentliche Infrastruktur spart Energie und schont Ressourcen. Die Bereitstellung klimafreundlicher Infrastruktur muss Priorität haben. Durch den Ausbau transeuropäischer Hochgeschwindigkeitszüge wollen wir den Flugverkehr innerhalb Europas verringern und die Randgebiete besser anbinden. Die Auswirkungen von Bauvorhaben muss derzeit schon auf ihre Klimaauswirkungen hin überprüft werden, dieser Aspekt sollte noch gestärkt werden.*

13. Treten Sie für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin auf österreichischer Ebene ein?

*Wir treten für eine EU-weit einheitliche Besteuerung von Kerosin im Flugverkehr ein. Auch die Steuerprivilegien in der Schifffahrt sollen abgeschafft werden.*

## **Effizienz und Raumplanung**

14. Planen Sie (mindestens) die Verdoppelung der Sanierungsrate? Wenn ja, durch welche Maßnahmen soll das sichergestellt werden?

*Ja. Wir wollen eine thermische Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude. Alle Bundesgebäude mit schlechter Energiebilanz sollen bis 2025 thermisch saniert werden. Bei privaten Gebäuden wollen wir ab 2020 eine schrittweise Reduktion von Ölheizungen. Durch einen Ausbau des Fördersystems sollen alle Ölheizungen in einem 10-Jahres-Plan durch moderne Heizsysteme ersetzt werden.*

15. Planen Sie die Umsetzung eines wirksamen Energieeffizienz-Gesetzes mit verpflichtender Reduktion des Endenergieverbrauchs um rund ein Drittel bis 2025 inklusive Sektorzielen und ausreichenden Maßnahmen?

*Ja. Die SPÖ hat sich stets für ein wirksames Energieeffizienzgesetz eingesetzt, mit dem auch reale Einsparungen vollzogen werden und nicht nur auf dem Papier. Das bestehende Gesetz muss dringend über 2020 hinaus verlängert und nachgebessert werden.*

16. Planen Sie konkrete Maßnahmen, um die Raumplanung und Raumordnung in Österreich klimagerecht zu gestalten?

*Die SPÖ sieht den nach wie vor übermäßigen Flächenverbrauch kritisch und bekennt sich zum Ziel, die Bodenversiegelung auf 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen. Dazu sollen neben einer besseren Koordinierung der*

*unterschiedlichen Verwaltungsebenen auch Renaturierungen von bereits verseigelten Flächen und eine maßvolle Nachverdichtung der Ortskerne beitragen.*

## **Finanz**

17. Sollen Finanzprodukte in Zukunft eindeutig gelabelt werden, um klarer ersichtlich zu machen, wenn fossile oder nukleare Energie damit unterstützt wird?

*Ja. Wir fordern die zügige Einführung einer Kennzeichnung "Grünes Finanzprodukt" für Anlage-, Beteiligungs- und Altersvorsorgeprodukte sowie eines einheitlichen Standards für grüne Anleihen (EU Green Bonds Standard). Außerdem muss die Verordnung über die Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken rasch umgesetzt werden, damit FinanzmarktakteurInnen - wie große Banken, Pensionsfonds, Wertpapierfirmen, VersicherungsvermittlerInnen etc. - verpflichtend offenlegen müssen, welche nachhaltigen Investitionen sie tätigen. Ob Klima- Umwelt- und Sozialaspekte bei Investitionen berücksichtigt wurden, soll für künftige AnlegerInnen transparent sein.*

18. Sollen die im Eigentum oder Teileigentum der Republik Österreich stehenden Unternehmen bis spätestens 2021 Strategien für den vollständigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe oder deren Herstellung für die fossile Verbrennung bis 2030 vorlegen?

*Sämtliche Unternehmen wären gut beraten, sich auf eine dekarbonisiertes Wirtschaftssystem einzustellen. Dort wo es öffentliche Eigentümerschaft gibt, sollen solche Strategien schon allein auf Grund der Wertsicherung der Beteiligungen dringend erarbeitet werden.*

19. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von Ölheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2025 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)?

*Wir fordern ein sofortiges Verbot für Ölheizungen im Neubau. Ab 2020 sollen dann in einem 10-Jahres-Plan mit Förderungen sämtliche Ölheizungen durch moderne Heizsysteme ersetzt werden.*

20. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von fossilen Gasheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2030 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)?

*Die aktuelle Wiener Bauordnung ist ein gutes Beispiel für ein klares Bekenntnis zur erneuerbaren Wärmeversorgung, die aber dennoch Rücksicht auf derzeit noch bestehende Hindernisse bei einem Totalverbot nimmt. Dort wo erneuerbare Energieversorgung möglich ist, sollen keine fossilen Heizsysteme mehr zum Einsatz kommen.*

## **Bildung und Institutioneller Rahmen**

21. Planen Sie die Verankerung des Themas Klimawandel als wesentlicher Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungswege? Wenn ja, wie?

*Ja, Klimaschutz soll von Anfang an integraler Bestandteil des Bildungssystems sein. Das bestehende Unterrichtsprinzip „Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung“ soll explizit um „Klimabildung“ erweitert, und als übergreifendes Thema im allgemeinen Bildungsziel festgelegt werden. Um entsprechend unterrichten zu können, müssen LehrerInnen aus- bzw. weitergebildet werden.*

22. Planen Sie die Etablierung eines weisungsfreien Beirats aus Wissenschaft und NGOs, die den Zielerreichungspfad Österreichs bis 2025 bzw. 2030 überwacht und jährlich evaluiert?

*Jede Bundesregierung, die sich selbst und die Klimakrise ernst nimmt, ist gut beraten, die Mindestziele zu erreichen. Einer Bundesregierung, die den Klimaschutz nicht ernst nimmt, wird aber auch kein Beirat helfen.*

23. Soll Klimaschutz bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie großen Bauprojekten mitbedacht werden und auf Verträglichkeit mit dem Klimabudget geprüft werden?

*Ja. Bei allen künftigen Gesetzen müssen die Folgen fürs Klima ausgewiesen werden. Bedeutet ein Gesetz mehr Emissionen, müssen ausgleichende Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Die Auswirkungen von Bauvorhaben muss derzeit schon auf ihre Klimaauswirkungen hin überprüft werden, dieser Aspekt sollte noch gestärkt werden.*

24. Setzen Sie sich für eine Schließung der Ressourcenkreisläufe im Sinne der Kreislaufwirtschaft ein, sodass Produkte nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet, repariert, und recycled werden können?

*Ja. Wir wollen eine Prämie für Reparaturen. Diese soll Anreize schaffen, die alte Waschmaschine doch beim Elektriker ums Eck reparieren zu lassen, anstatt sie wegzuwerfen. Die Prämie soll 50 Prozent von maximal 600 Euro pro Person und Jahr betragen. Das stärkt die heimische Wirtschaft und ist gut für die Umwelt.*